

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Siegfried Bleicher zieht
Schlußfolgerungen aus
den Bundestagswahlen
aus gewerkschaftlicher
Sicht: Den "neuen Weg"
müssen SPD und Ge-
werkschaften gemein-
sam gehen.

Seite 1

Klaus Daubertshäuser
MdB zum Bonner Um-
gang mit dem Schie-
nenverkehr in den fünf
neuen Bundesländern:
Auf der Verlierer-
Straße.

Seite 5

Dokumentation

Rudolf Dreßler MdB,
Stellvertretender Vor-
sitzender der SPD-
Bundestagsfraktion
und Vorsitzender der
Arbeitsgemeinschaft für
Arbeitnehmerfragen in
der SPD (AfA), hat auf
einer Kundgebung in
Moers gegen die Bon-
ner Pläne protestiert,
die knappschäftliche
Rentenversicherung zu
zerschlagen.

Seite 5

46. Jahrgang / 4

7. Januar 1991

**Den "neuen Weg" müssen SPD und Gewerkschaften ge-
meinsam gehen**
Schlußfolgerungen aus den Bundestagswahlen aus gewerk-
schaftlicher Sicht

Von Siegfried Bleicher
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Angesichts des Ergebnisses der Bundestagswahlen 1990 können die Gewerkschaften nicht zur politischen Tagesordnung übergehen. Sicher, viele gewerkschaftliche Funktionsträger haben mit der erneuten Legitimation der konservativ-liberalen Koalition durch die Wählerinnen und Wähler gerechnet. Bemerkenswert ist allerdings, daß die Wahlen des 2. Dezember 1990 im Gegensatz zu früheren Wahlentscheidungen von vielen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern aus der Perspektive eines Beobachters zur Kenntnis genommen wurden. Wählerinitiativen sozialdemokratischer Gewerkschafter für Oskar Lafontaine wurden relativ lieblos und ohne Massenandrang gebildet. Ihre Aktivitäten begrenzten sich weitgehend auf die Gründungsveranstaltung und einige Anzeigen in der Tagespresse. Die Wahlprüfsteine des DGB wurden nicht nur bei der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft, sondern auch in den Medien weitaus weniger beachtet als in der Vergangenheit. Und am Montag nach der Wahl machte in den Gewerkschaftszentralen das Wort "Über die Wahlen brauchen wir ja nicht viel zu reden!" die Runde.

Diese Erscheinungen sind in vielfacher Weise gefährlich. Zum einen kann es den Gewerkschaften nicht gleichgültig sein, daß eine große traditionsreiche deutsche Partei Gefahr läuft, ihren Charakter als Volkspartei zu verlieren. Wenn tatsächlich die Sozialdemokratie in den nächsten Jahren im Getto der 30 Prozent dümpeln sollte, steht auch ein Stück gewerkschaftlicher Durchsetzungskraft auf dem Spiel. Die Politik seit dem 1. Oktober 1982 hat gezeigt, wie weitreichend gewerkschaftliche Handlungs- und Gestaltungsspielräume angesichts konservativer Mehrheitsverhältnisse beschnitten werden können.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Verzinsiger Umsatz
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Kohlismus ist kein Thatcherismus! Die vielbeschworene geistig-moralische Wende der Konservativen hat sich in der Tat als Sprechblase entpuppt. Tempo und Rigorosität konservativer Transformation unterscheiden sich erheblich von dem Regime Thatcher in Großbritannien. Aber unverkennbar ist, daß die konservativ-liberale Regierungspolitik in ihrem Kern und trotz ihrer großen Widersprüchlichkeit den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zuwiderläuft. Manche durchaus positive sozialpolitische Initiative kann, um ein Beispiel zu nennen, die mit der Neufassung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz verbundene Einschränkung gewerkschaftlicher Streik- und damit Aktionsfähigkeit nicht aufheben. Angesichts der politischen Realitäten von einer gewissen "Sozialdemokratisierung" von CDU/CSU zu sprechen, ist mehr als vermessen.

Auf arbeitnehmerfreundliche Mehrheitsverhältnisse angewiesen

Die deutschen Gewerkschaften, die für sich in Anspruch nehmen, eine umfassende Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wahrzunehmen und organisieren zu wollen, sind darauf angewiesen, daß in den Parlamenten arbeitnehmerfreundliche Mehrheitsverhältnisse vorhanden sind. Diese Feststellung entspricht der Geschichte sowie der Programmatik und Praxis der Einheitsgewerkschaft. Was am Wahlsonntag aus gewerkschaftlicher Sicht an politischem Kapital verspielt wird, kann werktags auch nicht durch eine noch so geschickte und intelligente Gewerkschaftspolitik ausgeglichen werden.

Fest steht, daß die SPD von einem großen Teil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht mehr als politische Interessenvertretung akzeptiert ist. Mit dem zweifelsohne vorhandenen sozialen Wandel als Folge des technischen Wandels und der wirtschaftlichen Umstrukturierung ist dieses Phänomen nicht zu erklären. Nicht nur die Aufsteiger und die sogenannten modernen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben sich wahlpolitisch von der SPD entfernt - beträchtliche Einbrüche wurden in der traditionellen Industriearbeiterschaft, die bisher und wohl noch immer den Kern der SPD-Wählerschaft ausmacht, sichtbar.

Beunruhigend ist auch die Tatsache, daß die Wahlveranstaltungen Oskar Lafontaines weitgehend durch jüngere Gesichter geprägt waren, aber statistisch eine knappe Mehrheit der Jung- und Erstwähler konservativ wählte. Offensichtlich hat es hier nur einen Austausch von Grün zu Rot gegeben. Eine Partei an der 30-Prozent-Marke verfügt in keiner relevanten gesellschaftlichen Gruppe über eine Mehrheit. Diese Feststellung ist gravierend, da die inhaltliche Konzeption des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten darauf abstellte, neben der Kernwählerschaft der SPD auch Bevölkerungsgruppen zu erreichen, die von der traditionellen Arbeitnehmerschaft abweichende Lebensentwürfe und -stile pflegen.

Tatsache ist, daß Oskar Lafontaine mit seiner Wahlkampfstrategie nicht in der Lage war, unterschiedliche Interessen in einer sich immer mehr ausdifferenzierenden Gesellschaft aufzugreifen oder zu integrieren. Dies bezieht sich nicht nur auf die neuen Bundesländer, sondern auch auf die ehemalige Bundesrepublik.

SPD und Gewerkschaften - zwei Seiten einer Medaille

Die Gewerkschaften müssen ein großes Interesse daran haben, daß sich die SPD wieder stabilisiert. Die SPD als Volkspartei und die Gewerkschaften als soziale Bewegung sind zwei Seiten einer Medaille. Die traditionellen Bindungen zwischen Gewerkschaften und SPD sind sicher nicht mehr so eng wie in der Vergangenheit. Dies ist auch nicht erforderlich. Eine moderne linke Volkspartei kann nicht nur gewerkschaftliches Klientel bedienen und zukunftsgerichtete Einheitsgewerkschaften sind nicht mit der Sozialdemokratie verheiratet. Es geht nicht um die Wiederbelebung der Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaft, wie sie in der klassischen Arbeiterbewegung üblich war. Es geht darum, daß die SPD, wenn sie unter Wahrung ihrer Identität politisch gestaltend tätig sein will, die in den Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewinnen muß.

Gewerkschaftsmitglieder allein reichen nicht aus, um politische Verantwortung zu übernehmen. Aber ohne die Gewerkschaftsmitglieder wird es der SPD auch zukünftig nicht möglich

sein, mehrheitsfähig zu werden. Und für die Gewerkschaften geht es darum, politische Inhalte bei relevanten gesellschaftlichen Organisationen zu verankern. Gewerkschaften als soziale Bewegung dürfen sich nicht selbst auf Betriebsarbeit und Tarifpolitik reduzieren.

Sie müssen ausstrahlen in das Parteienspektrum, in die Kirchen und Sozialverbände, in die Umwelt- und Frauenbewegung. Beispiele belegen, daß die Gewerkschaften zwar betriebs- und tarifpolitisch handlungsfähig und erfolgreich sein können, wenn konservative Politik dominiert. Aber als soziale Bewegung, die "kulturelle Hegemonie" erreichen will, fallen Gewerkschaften unter konservativen politischen Rahmenbedingungen weitgehend aus.

Bei näherem Hinschauen wird sichtbar, daß seit der Bonner Wende eine gewisse Entfremdung zwischen Gewerkschaften und SPD eingetreten ist. Dies ist nicht in erster Linie das Problem der sogenannten Spitzenfunktionäre. Noch nicht! Aber in den Stäben und im mittleren Funktionsapparat sind immer mehr Persönlichkeiten vertreten, die als Sozialdemokraten wenig mit den Gewerkschaften anfangen können oder die als gewerkschaftliche Funktionsträger ein "Nur-Gewerkschaftertum" pflegen, ohne die Auswirkungen politisch-parlamentarischer Entscheidungen auf die Gewerkschaftspolitik ausreichend einzuordnen und zu würdigen. Ein neuer Typus des "politischen Sachbearbeiters" hat die politische Bühne bestiegen. Er zeichnet sich nicht durch eindeutige politische Präferenzen aus, sondern knüpft Verbindungen sehr unterschiedlicher Art zu unterschiedlichsten Parteien. Es gibt also nicht nur das Phänomen des Wechselwählers, sondern auch das Phänomen des politischen Funktionärs in Partei und Gewerkschaft, der prinzipielle Solidarität für sich persönlich und damit auch für seine politische Arbeit ausschließt. Die Betonung der Verbindungen und Beziehungen zwischen SPD und Gewerkschaften nehmen immer mehr verbalen Charakter ein.

Zukunftsorientierte Überlegungen anstrengen

Nach allen vorliegenden Daten wäre es der SPD auch mit einer anderen Politik oder gar mit einem anderen Kanzlerkandidaten nicht gelungen, die 40-Prozent-Marke zu überspringen. Aber dennoch muß das Wahlergebnis Ausgangspunkt für zukunftsorientierte Überlegungen sein. Zunächst zu den Gewerkschaften. Die IG Metall - und nicht nur diese Gewerkschaft - hat im Rahmen ihrer "Zukunftsdiskussion" festgestellt, daß sie politischer und offener und attraktiver werden muß. Für eine Einheitsgewerkschaft verbietet sich eine bestimmte parteipolitische Präferenz. Aber zukünftig müssen die Gewerkschaften deutlich machen, daß die Arbeits- und Lebensbedingungen in einem erheblichen Ausmaß von parlamentarischen Entscheidungen und damit von Mehrheitsverhältnissen abhängig sind.

Der in der SPD viel diskutierte Ansatz, die Ausdifferenzierungen in der Gesellschaft mit einem umfassenden Politikangebot sowie mit veränderten Politikformen zu beantworten, ist richtig. Aber dabei darf nicht nur auf Lebensstil und Lebensgefühl einiger Arbeitnehmergruppen und sozialer Schichten abgestellt werden. SPD und Gewerkschaften haben aus unterschiedlichen Gründen die Aufgabe, gegenüber der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, gegenüber abhängig beschäftigten jungen Akademikern eine Öffnung zu vollziehen. Die Begrifflichkeit "der Arbeiterklasse" hat - wenn überhaupt - nur noch historische Bedeutung und wirkt angesichts der realen Verhältnisse teilweise kabarettistisch.

Natürlich gibt es noch "die Arbeiterklasse", aber sie stellt sich heute weder als monolithischer sozialer Block noch als verarmte Klasse dar, die "nichts zu verlieren hat als ihre Ketten". Bei einer Bundestagswahl muß aber auch traditionellen Arbeitnehmern ein politisches Angebot unterbreitet werden. Ebenso wichtig wie politische Inhalte sind aber auch Politikformen, ja, ist der Habitus der politisch Agierenden. Angesichts der politischen Entwicklung sowie der Bewußtseinshaltungen bei vielen Bürgern in der ehemaligen DDR wäre ein Zurück in die 60er oder gar 50er Jahre fatal. Aber ebenso fatal ist eine Politik in Inhalt und Erscheinung, die große Bevölkerungsgruppen überfordert. Auch wer zu früh kommt, kann vom Leben, sprich von den Wählern, bestraft werden.

Die Niederlage des 2. Dezember wird nicht im Hauruck-Verfahren zu überwinden sein. Oskar Lafontaine hat wichtige und zukunftsorientierte Themen in den Mittelpunkt gerückt. Er hat aber

auch einige Themen vergessen beziehungsweise falsch gewichtet. Und was besonders wichtig ist: Mit zuviel Pessimismus erreicht man zuwenig Stimmen! Die Sozialdemokratie, die sich unter anderem in der Tradition der Aufklärung befindet, darf nicht die Schönwetter-Politik der Konservativen kopieren wollen. Aber gerade im Hinblick auf die Menschen in der ehemaligen DDR ist es mit rationaler Analyse nicht getan. Gangbare Alternativen müssen aufgezeigt werden - auch wenn dies angesichts des Problembereiches nicht zuletzt den Gewerkschaften schwerfällt.

SPD und Gewerkschaften müssen ihre Zukunftsdiskussion, deren Konkretisierung im neuen Grundsatzprogramm der SPD und im Wahlprogramm beziehungsweise zum Beispiel in der Zukunftsdiskussion der IG Metall sichtbar geworden ist, fortsetzen. Der ökonomische Nachholbedarf in der ehemaligen DDR und die durch den Stalinismus herbeigeführten autoritären Bewußtseinsstrukturen dort dürfen nicht dazu führen, eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die auf Qualität setzt, und eine Politik, die zu mehr Demokratisierung und Beteiligung führt, zu behindern. Aber wahr ist auch, daß Programme, die sich zu weit von den Menschen entfernen, sektiererischen Charakter annehmen. Dies ist kein Plädoyer für politischen Opportunismus, sondern für einen politischen Pragmatismus, der sich an Grundwerten und Grundüberzeugungen orientiert. Es wäre für die SPD fatal, wenn der Reformismus, also die qualitative Gesellschaftsveränderung über Reformen, sich in sozialdemokratischer Politik nicht mehr wiederfinden könnte.

Die immerwährende Reform

Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen in Deutschland und in Europa, aber vor allem der sogenannten Gattungsfragen, muß das Prinzip, wonach eine Wirtschaftsordnung ausschließlich an ihrer Effektivität gemessen wird, beibehalten bleiben. Der Verweis auf den sogenannten realen Sozialismus entfällt zukünftig bei der Bewertung sogenannter Marktwirtschaft. Sicher, die Zeit geschlossener Gesellschaftsmodelle war schon vor dem Zusammenbruch des realen Sozialismus vorbei. Sozialdemokratische Politik und Gewerkschaftspolitik beinhalten eben niemals das Ende der Geschichte, sondern die immerwährende Reform. Deshalb wäre es auch fatal, wenn die SPD ihren endgültigen Frieden mit irgendeiner Lehrmeinung aus dem Ökonomie-Handbuch machen würde. Und wahlpolitisch würde die Ausgrenzung von politischen Positionen jenseits des Kapitalismus wenig bringen. Die Wähler orientieren sich eben nicht an politischer Philosophie, sondern an ihren (vermeintlichen) unmittelbaren Interessen und der Glaubwürdigkeit politischer Entscheidungsträger.

Der Weg der SPD zu einem "neuen Weg" muß in den Städten und Gemeinden sowie in den Bundesländern beginnen. Auf diesen Ebenen ist auch vielleicht ein neues Netzwerk mit den Gewerkschaften zu gestalten. Die administrativen Versuche einer politischen Angleichung über gemeinsame Ausschüsse oder andere formale Konstruktionen sind bisher relativ erfolglos geblieben. Die Verbindungen zwischen Gewerkschaften und SPD müssen deshalb über die Auseinandersetzung um politische Inhalte erneuert werden. Dies ist kein einfacher Weg, aber nur er verspricht Erfolg. Genausowenig wie es den Gewerkschaften bisher möglich war, ihre politische Einsicht, verstärkt Angestellte gewinnen zu müssen, unmittelbar in höhere Mitgliederzahlen umzusetzen, wird es der SPD möglich sein, auf eine immer mehr differenzierte Gesellschaft im politischen Schnellverfahren zu reagieren. Mut, langer Atem und Freude an der Politik und damit an den öffentlichen Angelegenheiten sind erforderlich.

(-/7.1.1991/rs/ks)

Auf der Verlierer-Straße

Zum Bonner Umgang mit dem Schienenverkehr in den fünf neuen Bundesländern

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Hauptstrecken und die Regionalverbindungen von Bundesbahn und Reichsbahn müssen schnell vernetzt werden. Tatsächlich behindert und verzögert aber die Bundesregierung dies Zusammenwachsen. Die nötigen Schienenbaumaßnahmen genehmigt sie erst nach einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, während sie gleichzeitig bei Straßenbaumaßnahmen auf solche Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen verzichtet. Hier setzt die Bundesregierung die Ungleichbehandlung von Straßen- und Schienenwegeinvestitionen auch in den fünf neuen Bundesländern fort.

Der Schienenverkehr in den fünf neuen Bundesländern ist im letzten Jahr um circa 50 Prozent zurückgegangen, der Schienenpersonenverkehr allein in der zweiten Hälfte 1990 um nahezu 30 Prozent. Diese Zahlen beweisen, daß die regierungsamtlichen Sprüche von der 'Renaissance der Bahn' pures Geschwätz sind. Die Realität sieht vollständig anders aus.

Hinzu kommt, daß im operativen Bereich der Schienenverkehr deutlich eingeschränkt ist. Ihm stehen in den fünf neuen Bundesländern weniger intakte und umfassend geeignete Streckenverbindungen zur Verfügung als dem LKW. Zudem verfügt der Straßengüterverkehr zunehmend über besseres Wagenmaterial, auch finden diese Fahrzeuge auf schlechten Straßen schneller ihren Weg. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die strukturellen Benachteiligungen des Schienenverkehrs in den fünf neuen Bundesländern schleunigst zu beenden.

(-/7.1.1991/rs/ks)

DOKUMENTATION

Rudolf Dreßler: Zerschlagung der Knappschaftlichen Rentenversicherung verhindern

Auf einer Protestdemonstration und Kundgebung der IG Bergbau und Energie zur Erhaltung der Bundesknappschaft hat der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA), Rudolf Dreßler, vor 10.000 Teilnehmern heute in Moers folgende Ausführungen gemacht.

Ich bin heute morgen zu Euch gekommen, um die Grüße der SPD-Bundestagsfraktion und die Grüße unseres Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel zu übermitteln.

Es sind solidarische Grüße!

Die SPD teilt Eure Meinung, daß die Absicht von CDU und FDP, die Altersversorgung der Bergleute in ihr Sparprogramm aufzunehmen, verhindert werden muß.

Mit der SPD gibt es

- keine Eingriffe in die organisatorische Selbständigkeit und Einheit der Bundesknappschaft,

- keine Änderung des versicherten Personenkreises,
- nicht die mindeste Kürzung irgendeiner Knappschaftsrente,
- und auch keinerlei Eingriffe in erworbene Rentenanwartschaften der knappschaftlich Versicherten.

Die Bundesregierung hatte ihre Bereitschaft bekundet, mit der SPD bei der Rentenreform zusammenzuarbeiten. Wir begrüßten das und haben nach gemeinsamen Lösungen gesucht. Das lag im Interesse der Rentner und Beitragszahler, denn die Beteiligung der SPD an der Reform war die Garantie, daß das Debakel des Gesundheitsreformgesetzes sich nicht wiederholte.

Aber, um es nochmals zu sagen: Die Knappschaft sollte unangetastet bleiben: Das ist ein Bestandteil des Rentenkompromisses! Wer daran rüttelt, zerstört die Gemeinsamkeiten der Rentenreform.

Die SPD hat sich geweigert, bei der Knappschaft Verschiebebahnhöfe oder einen Reparaturbetrieb mitzumachen!

Dabei wird es bleiben!

CDU und FDP hatten vor der Bundestagswahl nicht den Mut, ihre wahren Absichten offen zu vertreten. Jetzt, nach der Wahl, soll es wieder nach dem Motto gehen: Personenschacher um Ministerposten und Abkassieren bei Arbeitnehmern!

Es ist immer das gleiche Spiel: Statt konzeptioneller Haushaltspolitik werden von der Bundesregierung Mogelpackungen verkauft.

Jetzt soll über den Weg zur Zerschlagung der Bundesknappschaft erneut die Arbeiter- und Angestellten-Rentenversicherung zur Haushaltskonsolidierung herhalten.

Dabei weiß jeder - hoffentlich auch der amtierende Finanzminister -, daß die von ihm vorgeschlagenen Änderungen Einsparungen in der Knappschaft nicht bringen, gleichwohl die Beitragszahler der Rentenversicherung auf hinterhältige Art zur Kasse bittet.

Wieder wird versucht, Sozialversicherungssystem zur Disposition zu stellen, eine Neiddiskussion anzuhetzen und damit von der Unfähigkeit abzulenken, ein solides Finanzierungskonzept vorzulegen.

Die SPD bleibt bei den schon in der letzten Legislaturperiode gefaßten Beschlüssen:

An der Knappschaft wird nicht gerüttelt und die Rücklagen der Rentenversicherung müssen vor dem Zugriff der CDU/CSU und FDP geschützt werden!

Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt den Protest der Beschäftigten im Bergbau und die IG Bergbau und Energie in ihrem Kampf, die Zerschlagung der knappschaftlichen Rentenversicherung zu verhindern!

Wir werden uns der hemmungslosen Abkassiererei der CDU/FDP entgegenstellen.

(-/7.1.1991/rs/ks)
